

Case Study: Führen Kombilöhne zu mehr Verteilungsgerechtigkeit ?

1. Zur Geschichte des Kombilohnes

Um die verschiedenartigen Kombilohn-Möglichkeiten und mit ihnen bereits gemachte Erfahrungen etwas besser beleuchten zu können, machen wir jetzt einen kurzen Abstecher in die Geschichte der Armut, insbesondere der „working poor“. Zunächst soll uns ein Ausflug nach England, das „Mutterland“ von Kapitalismus und Industrialisierung, einige Hinweise/Denkanstöße liefern.

2. England und das Speenhamland-Gesetz

Karl Polanyi begründet in „The Great Transformation“, daß das „Zuschußsystem“, das unter dem Namen des Ortes, an dem die Friedensrichter sich zu diesem Zweck versammelt haben bekannt wird, „während der aktivsten Periode der Industriellen Revolution, von 1795 bis 1834“ (S. 113) die Entstehung eines Arbeitsmarktes in England verhindert. Sie beschliessen nämlich angesichts großer Not der arbeitenden Bevölkerung, „daß zusätzlich zu den Löhnen Zuschüsse bezahlt werden sollten, und zwar nach einem gestaffelten, mit dem Brotpreis verbundenen Tarif, damit den Armen, *unabhängig von ihren Einkünften*, ein Minmaleinkommen garantiert werde.“ (S. 114) Dies wird bald in allen Dörfern Gewohnheitsrecht und weitet sich sogar auf einzelne Industriebezirke aus. Es garantiert plötzlich ein „Recht auf Lebensunterhalt“ ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, als das Aufkommen des Kapitalismus mit seiner großen Industrie eine Reservearmee von zu allen Bedingungen arbeitsbereiten ArbeiterInnen verlangt – eine Reservearmee, die das Land nach den ‚enclosures‘ (Einfriedungen für die Schafherden der Großgrundbesitzer) und der damit einhergehenden Abschaffung der Allmenden und damit der Subsistenzwirtschaft auch landloser Bauern eigentlich gerade geschaffen hat. Polanyi meint deshalb, daß dieses Gesetz die nötige Herausbildung eines auf Wettbewerb beruhenden Arbeitsmarktes verhindert hat, denn wer arbeitet schon, wenn er auch ohne Arbeit leben kann. Auf der anderen Seite kann der Unternehmer jetzt praktisch für jeden Lohn ArbeiterInnen finden, weil dieser ja immer durch die Gemeindekasse auf das Existenzminimum angehoben wird. Aus der Abhängigkeit von der Armenfürsorge ist schlechterdings nicht mehr herauszukommen. „Im Speenhamland-System wurde die Gesellschaft von zwei entgegengesetzten Einflüssen zerrissen: der eine kam aus dem Paternalismus und schützte die Arbeiterschaft vor den Gefahren des Marktsystems, der andere fasste die Produktionsfaktoren, einschließlich des Bodens, in einem Marktsystem zusammen, beraubte dadurch die einfachen Menschen ihres früheren Status und zwang sie, sich ihren Lebensunterhalt durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft zu verdienen, während er gleichzeitig ihre Arbeitskraft ihres Marktwertes beraubte.“ (S. 117) Die Folge dieser Kombilöhne sind eine wachsende Steuerbelastung, das Absinken der Produktivität, völliger Verfall der Löhne, Verarmung breiter Massen und Verfestigung dieser Armut – das Volkseinkommen insgesamt geht zurück, die Wirtschaftsentwicklung – die Transformation Englands vom Feudalismus zum Kapitalismus – stagniert. (Zitate und Fakten aus Karl Polanyi (1944), *The Great Transformation*, Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt (Main) : Suhrkamp 1995)

3. Armengesetzgebung von Hamburg über Preußen bis Bonn

Im Mittelalter ist Bettel in Europa erlaubt, in gewisser Weise sogar geachtet, es gibt eine Art Organisierung in Zünften. Erst im Verlauf des 15. Jahrhunderts taucht die „Arbeitspflicht“ auf.

Das Fallen der Reallöhne im 16. Jahrhundert infolge des überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstums bei stagnierender Produktivkraftentwicklung in der Landwirtschaft und daraus resultierenden Teuerungsnöten, die zu Hungersnöten werden, führt zu Bettelverboten in den Städten, die jetzt von Armen überlaufen sind. 1622 wird in Hamburg das Werk- und Zuchthaus in der Nähe des heutigen Ballindamms gegründet. Über dem Eingangsportal steht als Inschrift: „Ich ernähre mich durch die Arbeit, ich werde durch die Arbeit gezüchtigt.“ Erst ab Beginn des 18. Jahrhunderts wird es Strafanstalt, zunächst soll es BettlerInnen und Arme zur Arbeit erziehen. Die Arbeitszeit dauert im Sommer von 6 Uhr früh bis 20 Uhr, im Winter von 7 bis 21 Uhr. Der Lohn beträgt ein Viertel des ortsüblichen Vergleichslohns. Diejenigen, die aus den Manufakturen wegen „Faulheit oder Widerspenstigkeit“ hierher zur „Besserung“ geschickt werden, erhalten keinen Lohn; sie verrichten Zwangsarbeit. Dies System kann nur funktionieren, da sie alle auf Kosten der Armenkasse, die zu einem geringeren Teil aus Spenden, hauptsächlich aber aus den Steuermitteln der Gemeinden aufgebracht werden müssen, in großen Schlafsälen untergebracht und gemeinschaftlich verpflegt werden. Ist nicht auch dies eine Art Kombilohn?

Das 18. Jahrhundert bringt die Armut der FrühproletarierInnen und den „Soldatenbettel“, wiederum sinkende Löhne in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts die Armenanstalt. Die Allgemeine Armenanstalt in Hamburg z.B., 1788 gegründet und bis zur Übernahme durch den Staat 1865 eine unter obrigkeitlicher Leitung stehende milde Stiftung, hat sich nicht nur das Ziel gesetzt, gegen Müßiggang und Betteln vorzugehen, sie will auch „den Wohlstand des Gemeinwesens durch Beförderung von Manufakturen sichern () helfen“. Folgerichtig unterhält sie deshalb Kontrakte zu bestimmten Manufakturbesitzern, die ihre ArbeiterInnen hier billiger beziehen, weil die bei der Armenanstalt registrierten Arbeitslosen – vor allem Frauen – von der Anstalt einen Zuschuß zum Lebensunterhalt bekommen, der dann vom Lohn der ihnen zugeteilten Arbeit abgezogen wird, so daß sie diese ArbeiterInnen weit unter dem ortsüblichen Lohn zu bezahlen brauchen. Denn das von der Armenanstalt errechnete Existenzminimum sollen die Frauen nicht überschreiten. Dieser Kombilohn führt bereits damals dazu, daß Arme garantiert arm bleiben und gerade in den Frauenjobs – Spinnen z.B., Hamburg ist einer der Produktionsorte feiner Tuche - kaum Arbeitsplätze über den ‚freien Markt‘ zu bekommen sind, solange die Armenanstalt Nachschub an Arbeitskräften liefern kann.

Im Übrigen wird jetzt auch festgelegt, daß Frauenarbeit sowieso nur ein Zuverdienst sei, Frauenlöhne liegen gegen Ende des 18. Jahrhunderts zwischen 12 und 32 Schillingen, das absolute Existenzminimum wird mit 38 Schillingen die Woche angegeben. Hier wird also zwangsläufig für Arbeiterinnen die Ehe zu einer Art privatem „Kombilohn - Modell“, das sich ja auch heute noch einiger Aktualität erfreut.

Im 17./18. Jahrhundert verschiebt sich immer weiter „die Blickrichtung bei der Armutserörterung auf die Aufrechterhaltung des Staatswohls.“ (S. 35, Bezug: Preußen) Gleichwohl wird im Allgemeinen Preußischen Landrecht 1794 zum ersten Mal von der „öffentlich-rechtlichen Fürsorgepflicht des Staates“ gesprochen und damit in gewisser Weise

dem Wechsel vom 18. zum 19. Jahrhundert Rechnung getragen, „der den Armen zum freien Lohnarbeiter erhebt, dessen Freiheit aber auch die Freiheit von sozialer Sicherung bedeutet.“ Ab Anfang des 19. Jahrhunderts werden die Armenanstalten zunehmend in Frage gestellt, weil dem Bürgertum angesichts des Bevölkerungswachstums und der Landflucht der aus der Hörigkeit entlassenen, landlosen Bauern die Kosten zu hoch werden und das Spinnhaus z.B. die direkte Funktion zur Vermittlung von Kenntnissen und Arbeitsethos für die kapitalistische Produktion sowieso nicht mehr erfüllt und die Produktivität erzwungener, wenig ausgestatteter Arbeit im Vergleich zu den modernen Maschinenparks der neuen Industrien unrentabel niedrig ist. Angesichts dieses ‚Arbeitskräfteüberschusses‘ wird jetzt auch die Unterstützung für verarmte Handwerker usw. aufgegeben; wer in der Konkurrenz zur Industrie noch überlebt, soll jetzt der Markt regeln. Armenpolitik wird völlig auf Kranke und Alte, nicht arbeitsfähige Menschen beschränkt, alle anderen, arme Erwerbstätige wie Arbeitslose, werden abgestoßen – Schluss mit den ‚paternalistischen‘ Kombilöhnen, sie sind jetzt selbst ‚ihres Glückes Schmied‘.

Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird das Lohnabstandsgebot eingeführt, die Armenunterstützung muß jetzt unter dem niedrigsten Tariflohn liegen, obwohl der gerade nur notdürftig das Existenzminimum deckt, eben „der Höhe nach nach den ‚Marktgesetzen‘ und nicht nach den Lebensbedingungen der ArbeiterInnen ausgerichtet“ ist. (S. 63, Ch. Sachße/ F. Tennstedt (1980), S. 210) Schließlich braucht die Industrialisierung/der aufkommende Kapitalismus ArbeiterInnen, die zu jeden Bedingungen arbeiten, weil sie buchstäblich keine Alternative haben.

Die Bismarcksche Sozialgesetzgebung ab 1883 gibt dann die Verantwortung für Arbeitslosigkeit durch Unfall, Invalidität, Krankheit und die Altersversorgung an ArbeiterInnen/1911 auch Angestellte und Unternehmen per Einrichtung von Sozialversicherungen zurück – alle anderen sind ja arbeitsfähig und deshalb selbst in der Lage, für sich zu sorgen.

(Fakten aus: Sabine Altmeyer-Baumann (1987): „Alte Armut“ – „Neue Armut“, Weinheim: Deutscher Studien Verlag (hieraus auch die Zitate) und Rita Bake, Trotz Fleiss keinen Preis, Landeszentrale für politische Bildung Hamburg 1997, Detlev Duda (1982), Die Hamburger Armenfürsorge im 18. und 19. Jahrhundert, Weinheim und Basel: Beltz)

Eine Arbeitslosenversicherung wird erst während der großen Wirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts geschaffen. Die Weimarer Verfassung von 1919 spricht zwar bereits davon, daß „Die Ordnung des Wirtschaftslebens () den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen.“ soll, ein einklagbares Recht auf das Existenzminimum gewährt aber erst die Verfassung der Bundesrepublik von 1949 (Sozialstaatsklausel, GG Art. 20 Abs. 1, Art. 28 Abs. 1 Satz 1). Mit der Sozialhilfe haben wir ganz faktisch für diejenigen wieder einen Kombilohn, die im sogenannten Niedriglohnsektor arbeiten. Dieser Sektor weitet sich insbesondere mit der Entwicklung von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft wieder aus.

4. Der Armutsbegriff

Aufgrund sozialer Selektionsmechanismen findet man am Ende der sozialen Hierarchie einer Gesellschaft Menschen die als arm bezeichnet werden. Dies ist ein Zustand in dem der Einzelne nicht mehr in der Lage ist an gesellschaftlichen Austauschbeziehungen, und zwar in einem Maß das in einer jeweiligen Gesellschaft als das Existenzminimum angesehen wird, teilzunehmen. Zwischen Armut und Reichtum innerhalb einer Gesellschaft gibt es einen funktionalen Bezug. Verschiedenste Ursachen können zur Verarmung von Menschen führen, sei es das Geschlecht, Arbeitslosigkeit, Behinderung, Krankheit, Schulden, Invalidität oder ähnliches.¹

Interessanterweise beginnen, wenn über Armut gesprochen wird, sofort Diskussionen über das was als Armut betrachtet wird. Es gibt die verschiedensten Beschreibungen von Armut. Allgemein wird von einer Unschärfe des Armutsbegriffs ausgegangen und gleichzeitig bemängelt. Das ist teils auf einen geringen Forschungsstand zurückzuführen, wie auch auf unterschiedliche ethische und moralische Vorstellungen über Lebenslagen, Lebensführung und Lebensbedürfnisse.

"Trotz der langjährigen Forschungstradition zu Fragen der Unterversorgung und sozialen Ausgrenzung bestehen noch vielfältige Erkenntnisdefizite, die auch der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nicht aufarbeiten kann. Der Begriff „Armut“ entzieht sich wegen seiner Vielschichtigkeit einer allgemeingültigen Definition. Armut kann je nach Standpunkt und Forschungsinteresse etwa im Zusammenhang mit relativer Einkommensarmut, mit sozialen Brennpunkten in Großstädten, mit Obdachlosigkeit oder mit Notlagen bei Überschuldung beschrieben werden. Die Aufgabe, Armut zu messen bzw. meßbar zu machen, scheint im streng wissenschaftlichen Sinn nicht lösbar.⁽¹⁰⁾

In Anbetracht der definitorischen Unschärfen der Armutsbegriffe wird auf eine endgültige Festlegung verzichtet. Dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht liegt ein, der Definition des Rates der EU von 1984 vergleichbar, weit gefaßtes Armutsverständnis zugrunde. Diesem Verständnis nach gelten die Personen, Familien und Gruppen als arm,

„die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“

Diese Definition enthält neben dem relativen Charakter auch die Mehrdimensionalität von Armut. Armut bezieht sich demnach auf die Ungleichheit von Lebensbedingungen und die Ausgrenzung von einem gesellschaftlich akzeptierten Lebensstandard.²

⁽¹⁰⁾ „Letztlich stehen hinter jeder Interpretation des Armutsbegriffs und hinter jedem darauf beruhenden Messverfahren Wertüberzeugungen, über deren Richtigkeit sich wissenschaftlich nicht abschließend urteilen läßt. ...

Aus diesem Grund kann jedes Ergebnis einer empirischen Armutsmessung von einer anderen Wertbasis angegriffen werden. Aus wissenschaftlicher Sicht kann dieses Problem nur dadurch entschärft werden, daß die der Armutsmessung zugrunde liegenden Konzepte offengelegt und - soweit möglich - Alternativberechnungen durchgeführt werden, um ein breiteres Spektrum

¹ Vgl.: "Gesellschaft und Staat", Lexikon der Politik, S. 42, Begriff: Armut

² Vgl.: "Lebenslagen in Deutschland - Der erste Armuts und Reichtumsbericht der Bundesregierung", S. 6 + 7

von Wertvorstellungen abzudecken.“ Hauser, R.: Vergleichende Analyse der Einkommensverteilung und der Einkommensarmut in den alten und den neuen Ländern von 1990 bis 1995, in: Becker, I. und Hauser, R. (Hrsg.): Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?, 1997, S. 71."

Es gibt jedoch zwei grundsätzliche Formen von Armut über die hier gesprochen werden kann, die absolute und die relative Armut. Als absolute Armut wird diejenige bezeichnet in denen Menschen nicht einmal mehr über die zum Überleben notwendigen Mittel verfügen, d.h. die Existenz des Menschen ist psychisch und physisch bedroht. Daten und Zugang zu Personen zu bekommen die sich in einer solchen Lebenslage befinden sind in Mitteleuropa äußerst schwierig und stoßen auch definitorisch an Grenzen und wird im Armutsbericht der Bundesregierung aus verschiedenen Gründen leider ausgeklammert.³

Wenn von einem relativen Armutsbegriff ausgegangen wird spricht man nicht erst dann von Armut, wenn die Existenz eines Menschen physisch oder psychisch absolut bedroht ist, sondern dann, wenn die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in quantitativer und qualitativer Hinsicht beeinträchtigt ist. Absolute und relative Armut (absolute und relative Verelendung) und Reichtum bedingen sich gegenseitig.

Als arm bezeichnet man diejenigen die nicht in der Lage sind aus eigenen Mitteln ein Einkommen zu erzielen um eine angestrebte Wohlstandsposition zu erreichen. Mit anderen Worten, die Personen oder Personengruppen die nicht in der Lage sind mit Einkommen aus Lohnarbeit oder sozialer Unterstützung, Arbeitslosengeld, -hilfe oder Sozialhilfe einen mittleren Lebensstandard zu erreichen. Dieser mittlere Lebensstandard kann natürlich sehr variieren. Es hängt davon ab wie dieser definiert wird.

5. Der Lebenslagenansatz

Dem mehrdimensionalen Charakter von Armut und Reichtum wird der Lebenslagenansatz gerecht. Neben der an Einkommen und Vermögen bemessener Wohlstandsposition umfaßt die Lebenslage einer Person eine Vielzahl von Dimensionen wie z.B. Bildung, Erwerbsstatus, Gesundheit, Wohnsituation einschließlich Wohnumfeld, die Familiensituation und soziale Netzwerke. Der Lebenslagenansatz berücksichtigt die „individuelle Ausfüllung des Spielraums, der durch äußere Umstände bestimmt ist.“⁽¹¹⁾ Sind die Handlungsspielräume von Personen in gravierender Weise eingeschränkt und ist eine gleichberechtigte Teilhabe an den Aktivitäten und Lebensbedingungen der Gesellschaft ausgeschlossen, so liegt im Sinne des Lebenslagenkonzeptes von G. Weisser „Unterversorgung“ vor.⁽¹²⁾⁴

⁽¹¹⁾ Hauser, R. und Neumann, U.: Armut in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 32/1992, S. 247.

⁽¹²⁾ Zur weiteren theoretischen Fundierung des Lebenslagenansatzes hat die Bundesregierung ein Forschungsprojekt vergeben, das in die zukünftige Armuts- und Reichtumsberichterstattung einfließen wird."

Allerdings stellt sich sofort das Problem der Meßbarkeit, worauf im folgenden eingegangen wird.

³ Diese Betrachtung der Verarmung bedarf sicherlich einer eigenen Untersuchung. Die verschiedenen caritativen Einrichtungen und Organisationen legen zur absoluten Armut immer wieder Material vor.

⁴ Vgl.: "Lebenslagen in Deutschland - Der Erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung", S. 7

6. Die OECD-Skalen und relative Einkommensarmut

Um die Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe miteinander vergleichen zu können, ist eine Äquivalenzskala erforderlich. Diese ermöglichen es, das Haushaltseinkommen im Zusammenhang mit der Haushaltsgröße zu analysieren.

Größere Haushalte haben gegenüber kleineren relative Einsparmöglichkeiten, weil beispielsweise bestimmte Ausstattungsgegenstände im Haushalt von allen Mitgliedern genutzt werden können und nicht für jedes Mitglied separat angeschafft werden müssen. Um den gleichen Lebensstandard wie ein Alleinstehender zu erreichen, reicht für ein Paar bereits ein etwas geringeres als das doppelte Einkommen aus. Zur Messung der Äquivalenzeinkommen zieht man die "Alte" und die "Neue OECD-Skala" herangezogen. Die "Alte OECD-Skala" entspricht in etwa der Bedarfsmessung im Rahmen der Regelsatzverordnung des Bundessozialhilfegesetzes unter Berücksichtigung empirisch abgeleiteter Wohnkosten, die "Neue OECD-Skala" lehnt sich an Ergebnisse von Analysen des Ausgabeverhaltens privater Haushalte und subjektiven Einschätzungen der Haushaltsgrößensparnis an. Beide Skalen messen den einzelnen Haushaltsmitgliedern Gewichte bei. Um das Äquivalenzeinkommen zu erhalten, werden die Gewichte addiert und das Einkommen durch diese Summe geteilt.

Die "Neue OECD-Skala" hat wegen der geringen Gewichte für weitere Haushaltsmitglieder eine höhere Kostenersparnis größerer Haushalte gegenüber der "Alten OECD-Skala". Eine Familie mit zwei Kindern unter 15 Jahren muß beispielsweise „nur“ das 2,1fache Einkommen eines Singles haben, um dessen Lebensstandard zu erreichen, während dieser Faktor nach der Alten OECD-Skala mit 2,7 um fast 29% höher liegt. Ein Ehepaar benötigt hingegen nach der Neuen OECD-Skala das 1,5fache Singleeinkommen, nach der Alten das 1,7fache (gut 13% mehr).

Äquivalenzskalen⁵

	Alte OECD-Skala	Neue OECD-Skala
Bezugsperson	1	1
Person ab 15 J.	0,7	0,5
Person unter 15 J.	0,5	0,3

Beide Äquivalenzskalen werden in der empirischen Sozialforschung häufig verwendet. Auf dieser Basis werden acht durchschnittliche persönliche Nettoäquivalenzeinkommen als Armutsgrenzen berechnet. Mit diesen wird eine Bandbreite von normativen Vorstellungen berücksichtigt. Die Auswirkungen methodischer Entscheidungen auf Umfang und Struktur der Armutspopulation können so verdeutlicht werden. Hier werden zuerst die Quoten dargestellt womit ein Überblick über die Anteile von verschiedenen Armutsgrenzen gegeben wird und anschließend entsprechende Einkommensbeträge dargestellt.

⁵ Vgl.: Becker, Irene, "Zur Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in den 80er und 90er Jahren. Gibt es eine Tendenz sozialer Polarisierung?", Arbeitspapier 19, Übersicht, Oktober 1998, download www.diw-berlin.de. Die Tabelle ist aus den von Irene Becker verwendeten Daten erstellt worden.

Alternative Armutsquoten (in v. H.) 1973 - 1998⁶

	1973	1978	1983	1988	1993		1998		1993			1998		
	nur Westdeutschland				West	Ost	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost
					jeweilige Mittelwerte 1)				Gesamtdeutsche Mittelwerte 2)					
	Alte OECD-Skala													
50% / Mittel 3)	6,5	6,5	7,7	8,8	10,1	3,1	10,9	4,4	10,0	7,8	19,0	10,1	9,0	15,0
50% / Median	3,1	3,2	4,6	5,4	6,1	(1,7)	6,6	2,8	5,2	4,2	9,4	5,7	5,3	7,7
60% / Mittel	16,0	16,0	16,9	17,1	19,6	9,3	20,0	11,9	19,9	15,6	37,3	19,6	17,2	29,6
60% / Median	8,8	8,9	10,6	11,4	12,5	5,8	13,1	7,9	11,7	9,1	22,5	12,4	10,9	18,8
	Neue OECD-Skala													
50% / Mittel	6,3	6,4	8,2	8,9	9,7	2,9	10,6	4,8	9,6	7,6	17,9	10,2	9,1	14,7
50% / Median	3,6	3,7	5,5	6,2	6,2	(1,8)	7,1	2,9	5,6	4,7	9,3	6,2	5,6	8,5
60% / Mittel	14,8	14,8	16,0	16,5	18,6	9,1	18,9	11,9	19,0	14,8	36,2	18,7	16,3	28,9
60% / Median	8,7	9,0	11,0	11,8	12,0	6,1	13,1	8,4	11,7	9,1	22,0	12,5	11,0	18,7

1) jeweilige Mittelwerte: die Mittelwerte sind die der jeweiligen Landesteile

2) gesamtdeutsche Mittelwerte: die jeweiligen Verteilungen der Landesteile sowie die Gesamtverteilung werden am gesamtdeutschen Mittelwert gemessen

3) Mittel: arithmetisches Mittel

Bei einer Fallzahl zwischen 30 und 100 werden die Werte in Klammern ausgewiesen

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Alternative Armutsgrenzen (in DM / Monat) 1973 - 1998⁷

	1973	1978	1983	1988	1993 1)			1998 1)		
	nur Westdeutschland				West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.
	Alte OECD-Skala									
50% / Mittel 2)	491	681	878	1.000	1.324	892	1.239	1.462	1.106	1.394
50% / Median	432	601	785	895	1.164	831	1.074	1.290	1.021	1.220
60% / Mittel	589	817	1.054	1.200	1.589	1.070	1.486	1.754	1.327	1.672
60% / Median	518	721	941	1.073	1.397	997	1.289	1.547	1.225	1.464
Neue OECD-Skala										
50% / Mittel	592	808	1.040	1.176	1.557	1.057	1.458	1.707	1.295	1.628
50% / Median	527	722	939	1.060	1.376	982	1.273	1.519	1.196	1.439
60% / Mittel	710	970	1.248	1.411	1.868	1.268	1.749	2.048	1.553	1.953
60% / Median	632	866	1.127	1.272	1.651	1.178	1.527	1.822	1.435	1.727

1) 1993 und 1998: die Werte in den Spalten „West“ und „Ost“ beziehen sich auf die jeweiligen Mittelwerte, die in der Spalte „Ges.“ auf die gesamtdeutschen Mittelwerte

2) Mittel: arithmetisches Mittel

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Nach dieser Definition von verschiedenen relativen Armutsniveaus werden die unterschiedlichen Einkommenshöhen der Sozialhilfe, der durchschnittlichen Renten, des Arbeitslosenhilfe und verschiedener Arbeitseinkommen und Tarife dargestellt.

⁶ Vgl.: ebd., S. 26

⁷ Vgl.: "Lebenslagen in Deutschland - Der Erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung", S. 25

7. Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt

Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wird im Wesentlichen nach Regelsätzen und Mehrbedarfszuschlägen gewährt; darüber hinaus werden i.d.R. auch die Unterkunftskosten übernommen. Berechnet werden die Leistungen folgendermaßen: Die Gesamtsumme der vorgenannten Bedarfspositionen für den Haushaltsvorstand und dessen Haushaltsangehörige ergibt den Bruttobedarf. Zieht man hiervon das anzurechnende Einkommen ab, erhält man den tatsächlich auszahlenden Nettoanspruch. Im Durchschnitt hatte ein Sozialhilfehaushalt 1997 einen monatlichen Bruttobedarf von 1 520 DM, wovon allein rund ein Drittel auf die Kaltmiete entfiel. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von durchschnittlich 733 DM, wurden pro Haushalt im Schnitt 787 DM – also etwas mehr als die Hälfte des Bruttobedarfs – monatlich ausgezahlt. Mit zunehmender Haushaltsgröße gelangt tendenziell weniger vom Bruttobedarf zur Nettoauszahlung. Das ist darauf zurückzuführen, daß größere Haushalte häufig über anrechenbares Einkommen verfügen (z.B. Kindergeld, Unterhaltsleistungen). So bekamen allein stehende Männer 68,9 % ihres Bruttobedarfs ausgezahlt, Ehepaare mit zwei Kinder lediglich 44,1 %.

Haushalte von Empfänger /Empfängerinnen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 1997 nach Haushaltstyp und monatlichen Zahlbeträgen⁸

Haushaltstyp	Insgesamt	Brutto- bedarf	Darunter Brutto- kaltmiete	Angerech-netes Ein- kommen	Netto- anspruch	Anteil Netto- anspruch am Bruttobedarf
		monatlicher Durchschnitt in DM %				
Haushalte insgesamt	1 488 484	1 520	526	733	787	51,8
darunter:						
Ehepaare ohne Kinder	104 452	1 675	584	828	847	50,6
Ehepaare mit Kinder	1 184 121	2 537	788	1 419	1 119	44,1
mit einem Kind	68 346	2 075	687	1 056	1 018	49,1
mit 2 Kinder	65 301	2 487	775	1 390	1 097	44,1
mit 3 und mehr Kinder	50 474	3 230	941	1 947	1 283	39,7
Einzel nachgewiesene Haushaltsvorstände	621 632	1 066	438	415	651	61,1
männlich	288 070	994	400	309	685	68,9
weiblich	333 562	1 129	470	507	622	55,1
Alleinerziehende Frauen mit Kindern 1)	1 324 911	2 034	675	1 063	970	47,7
mit einem Kind	182 429	1 714	608	804	910	53,1
mit 2 Kinder	100 382	2 249	723	1 244	1 005	44,7
mit 3 und mehr Kinder	42 100	2 905	850	1 754	1 151	39,6

1) Kinder unter 18 Jahren.

8. Rentenzahlungen

Anschließend werden hier die durchschnittliche Rentenzahlbeträge dargestellt. Es wurden im Jahr 1999 an 22.408.000 Personen Rentenbeträge ausgezahlt, das entspricht ca. 27,3% der offiziellen Bevölkerung der Bundesrepublik.

⁸ Vgl.: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), In Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA) Datenreport 1999 Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Auszug aus Teil I, Download 1_09.pdf, S.215, Statistisches Bundesamt

Durchschnittliche monatliche Rentenzahlungsbeträge in DM, (Nach Abzug des Beitrags der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge)⁹

Jahr 1999 und Geschlecht		Arbeiter	Angestellte	Knappschaftliche Rentenversicherung
		Rente wegen verminderter Erwerbstätigkeit und wegen Alter		
Früheres Bundesgebiet	Männer	1.601	2.184	2.581
	Frauen	700	1.104	1.328
Neue Länder und Berlin-Ost	Männer	1.720	2.126	2.193
	Frauen	1.101	1.253	1.204

9. Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe

Das Arbeitslosengeld wird anhand eines zuletzt erzielten und pauschalierten Nettoentgelt berechnet. 67% für Personen mit mindestens einem Kind, ansonsten 60%. Je nach Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung vor der Arbeitslosenmeldung, mindestens 360 Kalendertage innerhalb der letzten drei Jahren, beträgt die Anspruchsdauer 180 bis 960 Kalendertage.

Die Arbeitslosenhilfe richtet sich ebenfalls nach dem zu letzt erzielten und pauschalierten Nettoentgelt. Sie beträgt 57% für Personen mit mindestens einem Kind, ansonsten 53%. Die Arbeitslosenhilfe wird zeitlich unbegrenzt geleistet Es muß jedoch jährlich auf geprüft werden ob die Voraussetzungen für eine weiter Bewilligung besteht. Anspruch haben Personen die arbeitslos gemeldet sind und eine Arbeit von mindestens 15 Stunden wöchentlich sucht.¹⁰

Höhe der Arbeitslosenhilfe¹¹

	Höhe der Arbeitslosenhilfe								
	Gesamt			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
	Spalte %								
Arbeitslosenhilfe									
Unter 600 DM	10,1	30,9	20,7	9,1	31,3	16,5	11,8	30,7	25,1
600 bis 899 DM	30,3	42,3	36,4	24,1	37,5	28,6	47,1	44,7	45,4
900 bis 1.199 DM	34,0	19,2	26,5	35,2	21,9	30,7	31,4	17,6	21,7
1.200 DM und mehr	25,6	7,6	16,4	31,6	9,4	24,1	9,8	7,0	7,8
Durchschnitt (DM)	973	714	845	1.027	752	935	838	694	737
Es haben....*) den vollen Betrag	80,9	71,7	76,3	81,5	73,1	78,9	80,9	71,0	74,2
Abzüge wg. eigener Einkünfte	2,3	5,2	3,8	(3,4)	10,4	5,6	0,0	(2,8)	(1,9)
Einkünfte and. Pers.	9,3	15,6	12,4	8,9	(4,4)	7,5	10,1	21,4	17,8
Vermögen	(0,5)	0,0	(0,2)	(0,7)	0,0	(0,5)	0,0	0,0	0,0

Quelle: infas „Arbeitslosenhilfe als Teil des soziale Sicherungssystems“; Befragung von 2.995 Arbeitslosen und ehemals Arbeitslosen, 1997, gewichtete Daten, Basis: 790 Arbeitslosenhilfeempfänger (Bestandsstichprobe*)

An 100% Fehlende: „weiß nicht“ oder „keine Angabe“

⁹ Vgl.: Statistisches Bundesamt, Jahrbuch 2000 Auszug aus Tabelle 19.4.5

¹⁰ Vgl.: Sozialgesetzbuch - Drittes Buch - (SGB III) vom 24.3.1997, § 116 und weitere Einzelschriften, ohne speziellere Leistungen wie Kurzarbeitergeld, etc.

¹¹ Vgl.: "Lebenslagen in Deutschland - Daten und Fakten Materialband zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung" S. 172, Anhangtabelle V.9

Durchschnittliches, monatliches Haushaltsnettoeinkommen der Arbeitslosenhilfeempfänger (DM),
nur Arbeitslosenhilfeempfänger (Bestandsstichprobe)¹²

Haushaltsgröße	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Gesamt
	in DM pro Monat		
Eine Person	1.023	869	981
Zwei Personen	2.025	1.872	1.950
Drei u.m. Personen	2.679	2.611	2.638
Gesamt	1.852	2.106	1.972

Quelle: infas „Arbeitslosenhilfe als Teil des sozialen Sicherungssystems“, Befragung von 2.995 Arbeitslosen und ehemals Arbeitslosen, 1997, gewichtete Daten, Basis: 790 Arbeitslosenhilfeempfänger (Bestandsstichprobe)

10. Arbeitseinkommen und Tarife

Die durchschnittlichen Arbeitseinkommen, folgende Tabelle 10, unterscheiden sich deutlich gegenüber dem Berechnungsmodell, der in Tabelle 3 dargestellten, alternativen Armutsgrenze. Allerdings kann anhand der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen nichts darüber ausgesagt werden wieviele Personen von einem solche durchschnittlichen Arbeitseinkommen leben.

Das durchschnittliche Arbeitseinkommen netto, aus Spalte 4, Zeile "1997", von 2542 DM gegenüber einem Bruttobedarf der Hilfe zum Lebensunterhalt in Höhe von 2487 DM, Tabelle 4, Zeile einer "Familie mit 2 Kindern", läßt Gegner des Sozialhilfe Systems sicherlich in helle Aufregung verfallen. Berücksichtigt man jedoch den Anteil des Nettoanspruchs auf den Bruttobedarf, Tabelle 4, letzte Spalte, wird deutlich das in dieser Gruppe durchschnittlich nur 44,1% des Bruttobedarfs ausgezahlt wird. Der restliche Anteil am Bruttobedarf wird durch angerechnetes Einkommen erzielt. Praktisch handelt es sich hier um ein "Kombilohnmodell" ohne das darüber diskutiert wird.

Mit den hier dargestellten gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen lassen sich ohne weitere Aufgliederung keine Schlüsse auf individuelle Renten-, Tabelle 5, und Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfefzahlungen, Tabelle 6 und 7, ziehen. Letztlich korrelieren diese Einkommen mit den individuellen und durchschnittlichen Arbeitseinkommen.

¹² Vgl.: ebd., S. 172, Anhangtabelle V.10

Gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen1) - Deutschland, West- und Ostdeutschland¹³

Jahr	Deutschland				Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Brutto-löhne und -gehälter	Tariferhöhung	Netto-löhne und -gehälter	Tariferhöhung	Brutto-löhne und -gehälter	Tariferhöhung	Preissteigerung 3)	Brutto-löhne und -gehälter	Tariferhöhung	Preissteigerung 3)
	DM 2)	vH 2)	DM 2)	vH 2)	DM 2)	vH 2)	vH 2)	DM 2)	vH 2)	vH 2)
1997	3986	+ 0,3	2542	-	4301	+ 0,6	+ 1,8	3237	+ 1,2	+ 0,2
1998	4027	+1,0	2570	+1,1	4358	+ 1,3	+ 0,9	3307	+ 2,2	+0,9
1999	4075	+ 1,2	2603	+1,3	4433	+ 1,7	+0,7	3379	+ 2,2	+ 0,4
2000 1..Hj.	3906	+ 1,3	2493	+1,8	-	+ 2,3 4)	+ 1,2	-	+ 2,0 4)	+ 1,2

1) Pro Kopf und Monat der Beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept). Für Deutschland Rechenstand September 2000 (insbesondere einschließlich erhöhte Zahl der geringfügig Beschäftigten). Für West und Ost, Rechenstand März 2000 (insbesondere ohne Revision der geringfügig), Westdeutschland einschließlich Ostberlin. - 2) Veränderung gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Tarifierhöhungen sind Angaben des WSI-Tarifarchivs. - 3) Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts von Arbeitern und Angestellten mit mittleren Einkommen in Westdeutschland bzw. Ostdeutschland. - 4) Die Tarifierhöhungen im 1. Halbjahr entspricht erfahrungsgemäß weitgehend der Veränderung auf Jahresbasis, da die meisten Tarifverträge im 1. Halbjahr abgeschlossen werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt (VGR). - VGR-Arbeitskreis der Statistischen Landesämter. - Berechnungen des WSI

Nach den gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen können hier ausgewählte Tarife mittlerer Lohn- und Gehaltsgruppen mit den vorherigen Tabellen verglichen werden. Die Beschäftigten die Nettoeinkommen in Höhe dieser Tarifverdienste beziehen, bei Vollarbeitszeit, kommen in der Nähe der weiter oben beschriebenen Armutslagen, besonders wenn von diesen Einkommen mehrere Personen leben müssen. Einkommen die tarifgebunden sind schützen nicht vor relativer Verarmung, obwohl in der öffentlichen Debatte eine Vorstellungswelt der soziale Absicherung mitschwingt wenn zumindest Tariflöhne gezahlt werden.

Tarifverdienste in ausgewählten Branchen

Jeweils mittlere Lohn- und Gehaltsgruppe für FacharbeiterInnen

Branchentarifvertrag	Lohn in DM ²	Gehalt in DM ²	Einarbeitung ¹
Textilindustrie Baden-Württemberg	3.006	3.166	2 Monate
DEHOGA Nord	2.850	3.445	2 Monate
DEHOGA Brandenburg	1.890	2.150	6 Monate
Nahverkehr Hamburg	2.808	3.515	2 Monate
Einzelhandel Hamburg	3.050	3.623	6 Monate
Gebäudereiniger Hamburg	2.760	3.010	2 Monate
Wach- u. Schließ Meck.-Vorp.	1.412	1.700	6 Monate

1) Einstiegsgehalt bis zu 20% unter Tarif

2) Für Bereich West auf 40 Std.-Woche hochgerechnet

Beschäftigte die trotz Vollzeitbeschäftigung nur 50% des durchschnittlichen Vollzeitlohns erhalten werden als "working poor" bezeichnet. Hier folgt eine Tabelle die das Jahr 1995 darstellt. Vergleicht man diese mit den Tabellen 2 und 3, der alternativen Armutsquoten, bekommt man noch einen Eindruck der zeitlichen Entwicklung die die "working poor" durchläuft.

¹³ Vgl.: Schäfer, Claus, "Privater Reichtum um den Preis öffentlicher und privater Armut?", in WSI - Mitteilungen, 11/2000, Bund-Verlag, Frankfurt. Die Tabelle wurde um einige Angaben gekürzt.

Working poor 1) unter den Vollzeitbeschäftigten in Westdeutschland 1995 – Struktur in vH nach verschiedenen Merkmalen –¹⁴

Gruppe/Merkmal	Anteil – in %
Geschlecht und Nationalität	
deutsche Männer	15,24
deutsche Frauen	71,85
ausländische Männer	5,31
ausländische Frauen	7,60
Alter 2)	
unter 20	1,15
20-25	13,38
64-66	0,35
Familienstand	
unverheiratet	50,72
verheiratet	49,28
Berufliche Stellung	
Nichtfacharbeiter	32,46
Facharbeiter	16,97
Meister, Polier	0,69
Angestellte	49,88
Ausbildung 2)	
ohne Beruf, ohne Abitur	20,94
mit Beruf, ohne Abitur	59,82
ohne Beruf, mit Abitur	0,55
mit Beruf, mit Abitur	1,36
Fachhochschulabschluss	0,31
Hochschulabschluß	0,71
Wirtschaftszweig 2)	
Primärer Sektor	2,77
Investitionsgüter	5,91
Verbrauchsgüter	7,04
Nahrung- und Genußmittel	6,79
distributive Dienstleistung	25,23
wirtschaftsbezogene Dienstleistung	11,86
haushaltsbezogene Dienstleistung	21,07
gesellschaftsbezogene Dienstleistung	13,35

1) Bezieher von Vollzeitlöhnen unter 50 vH des durchschnittlichen Vollzeitlohns, Untergruppe: ganzjährig Vollzeitbeschäftigte. Mit Lohn sind hier alle individuellen effektiven Arbeitseinkommen von abhängig Vollzeitbeschäftigten gemeint. – 2) Ausgewählte Gruppen, addiert sich nicht zu 100 vH.
Quelle: IAB-Beschäftigtenstichprobe - Berechnungen im Auftrag des WSI.

11. Transfers an Arbeitnehmer und Arbeitgeber

Nach dieser Kapiteln der unterschiedlichen Einkommenshöhen folgt eine Darstellung der bestehenden sozialpolitischen Formen von Lohnsubventionen. In diesem Sinn kann hier schon von bestehenden Kombilohnmodellen gesprochen werden.

Lohnbezogene Transfers an Arbeitnehmer

Ein lohnbezogener Transfer an Arbeitnehmer entsteht in der heutigen Sozialhilfe in Deutschland aufgrund der nicht vollen Anrechnung von Erwerbseinkommen in der Sozialhilfe. Die Transferentzugsrate ist kleiner als 100%. Stellt man allein auf die

¹⁴ Vgl.: Schäfer, Claus, "Niedrige Löhne - bessere Welten?", in WSI-Mitteilungen 8/2000, Tabelle 6, S.542, Bund-Verlag, Frankfurt

Bedürftigkeit ab, dann kann der Teil des Sozialhilfebeitrags, der aufgrund der (teilweisen) Nichtanrechnung als Transfer verbleibt, als lohnbezogener Transfer an einen Arbeitnehmer angesehen werden. Der Arbeitnehmer erhält den Lohn und zusätzlich den (nach der Anrechnung verbleibenden) Transfer. Ein vergleichbarer Transfer ist auch bei Modellen einer Grundsicherung / Negative Einkommenssteuer gegeben, falls dabei eine Anrechnung aller Einkommen auf den Grundsicherungsbetrag vorgesehen ist.

Es bestehen unterschiedliche Fördermodelle:

- allgemein für alle Beschäftigten / nur bestimmte Gruppen / branchenbezogen
- langzeitarbeitslos / arbeitslos
- befristet / unbefristet
- Subventionshöhe gestaffelt nach Qualifikation
- Fest- / Stundenbetrag / Steuererleichterungen / geringere Sozialversicherungsbeiträge
- Beschäftigungsgutscheine

Lohnsubventionen an Arbeitgeber in Westdeutschland

Deutschland kennt bereits seit langem verschiedene Instrumente der betriebsbezogenen Einstellungshilfen, die letztlich Lohnsubventionen an Arbeitgeber darstellen. Die einzelnen Maßnahmen unterscheiden sich in verschiedener Hinsicht, wobei jede Maßnahme weitgehend durch die Ausprägung dreier Dimensionen charakterisiert werden kann:

- **Zielgruppe:** Zunächst ist von entscheidender Bedeutung, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit eine Lohnsubvention an den Arbeitgeber gewährt wird. Dabei müssen insbesondere die geförderten Arbeitnehmer bestimmte Eigenschaften aufweisen. Meist werden Lohnsubventionen an die Arbeitgeber nur dann gewährt, wenn die damit geförderten Arbeitnehmer den Tatbestand der schweren Vermittelbarkeit erfüllen. Diese an die Arbeitnehmer anknüpfenden Voraussetzungen definieren die mit der Fördermaßnahme avisierte Zielgruppe. Häufig werden jedoch auch Voraussetzungen an den Arbeitgeber gestellt, die unter anderem darin bestehen können, daß dieser in einem bestimmten Zeitraum vor und / oder nach Bewilligung der Fördermaßnahme die Anzahl der Beschäftigten im Betrieb nicht reduziert hat. Derartige Einschränkungen dienen der Verringerung von Mitnahme- und Verdrängungseffekten. Eine wesentliche Einschränkung bestand in der Vergangenheit darin, daß ein unbefristeter Arbeitsvertrag abgeschlossen werden mußte, falls eine Förderung beantragt wurde.
- **Förderumfang:** Ein zweites wesentliches Merkmal ist die Höhe der Lohnsubvention, die an den Arbeitgeber gezahlt wird. Hierbei kann auch von Bedeutung sein, ob die Förderhöhe als prozentualer Anteil der Lohnhöhe oder als absoluter Betrag festgelegt ist. Ferner ist relevant, ob die Subvention mit Sicherheit für einen festen Zeitraum oder in Abhängigkeit des Eintritts bestimmter Ereignisse, wie zum Beispiel der Erkrankung des Arbeitnehmers, geleistet wird.
- **Förderdauer:** Die Dauer der Förderung bildet das dritte Merkmal einer Fördermaßnahme. Ein grundlegender Unterschied kann zwischen unbegrenzt bzw. für die gesamte Dauer der Beschäftigung gewährten Lohnsubventionen auf der einen und von vornherein befristeten Maßnahmen auf der anderen Seite gesehen werden. Da das gesamte Fördervolumen gleich der pro Zeiteinheit gewährten Subvention multipliziert mit der Förderdauer ist, läßt sich unter bestimmten Voraussetzungen argumentieren, daß jede

unbefristete Subvention in eine entsprechend hohe einmalige Zahlung überführt werden kann. Hierzu müßten jedoch zugleich Maßnahmen ergriffen werden, die sicherstellen, daß der Arbeitnehmer nach Zahlung einer einmaligen Subvention genauso lange beschäftigt bleibt, wie dies bei einer permanenten Subventionszahlung der Fall wäre.

Die in Westdeutschland bisher zur Verfügung stehenden Instrumente weisen durchaus Unterschiede in den drei Dimensionen auf, stimmen jedoch alle in einigen grundlegenden Eigenschaften überein: Jede Maßnahme ist auf eine relativ eng definierte Zielgruppe begrenzt und spricht in erster Linie sogenannte schwer vermittelbare Arbeitslose an. Zudem wird jede Lohnsubvention nur für einen begrenzten Zeitraum (häufig zwischen 6 und 12 Monaten) gewährt, deckt in diesem Zeitraum jedoch zum Teil einen beachtlichen Teil der Lohnkosten ab.

Schließt man beschäftigungspolitische Maßnahmen (ABM nach §§ 260-271, 416 SGB III) und die in Westdeutschland gewährten Strukturanpassungsmaßnahmen nach §§ 272-279, 415 SGB III) und Subventionen für einzelne Branchen, die indirekt eine Subventionierung der dortigen Beschäftigten bewirken können, ebenso aus wie Steuererleichterungen für die Beschäftigung in privaten Haushalten und Lohnkostenzuschüsse in Länderprogrammen, sind vor allem die folgenden Formen der Lohnsubvention an Arbeitgeber von Bedeutung:

Eingliederungszuschüsse (§§ 217-224 SGB III):

Zur Eingliederung von Arbeitnehmern, die sich ohne Förderung nicht oder nicht dauerhaft in den Arbeitsmarkt integrieren lassen, können Arbeitgeber Zuschüsse zu den Arbeitsentgelten erhalten. Die Teilinstrumente „Eingliederungszuschuss bei Einarbeitung“, „Eingliederungszuschuss bei erschwelter Vermittlung“, und „Eingliederungszuschuss für ältere Arbeitnehmer“ unterscheiden sich in allen drei oben genannten Dimensionen Zielgruppe, Förderumfang und Förderdauer:

- *Eingliederungszuschuss bei Einarbeitung:* Sie können erbracht werden, wenn Arbeitnehmer (einschließlich Berufsrückkehrern) einer besonderen Einarbeitung zur Eingliederung bedürfen. Die Höhe des Zuschusses ist im Regelfall auf den Umfang von 30% des regelmäßig gezahlten Entgeltes (höchstens aber des tariflichen bzw. ortsüblichen Entgeltes) begrenzt, die Dauer der Förderung beträgt im Regelfall maximal 6 Monate.
- *Eingliederungszuschuss bei erschwelter Vermittlung:* Der Zuschuß erfolgt in der Regel für Langzeitarbeitslose, Schwerbehinderte und sonstige Behinderte. Die Förderung darf in der Regel 50% des regelmäßig gezahlten Entgeltes (höchstens aber des tariflichen bzw. ortsüblichen Entgeltes) nicht überschreiten. Förderdauer in der Regel nicht länger als 12 Monate.
- *Eingliederungszuschuss für ältere Arbeitnehmer:* Der Zuschuß erfolgt für Arbeitnehmer, die das 55. Lebensjahr vollendet haben und vor Beginn des Arbeitsverhältnisses langzeitarbeitslos waren, in Höhe von 50% des regelmäßig gezahlten Entgeltes (höchstens aber des tariflichen bzw. ortsüblichen Entgeltes) über einen Zeitraum bis zu 24 Monaten. Auch hier gelten die Vorgaben für die Dauer und die Höhe der Förderungen für den Regelfall und können unter bestimmten Voraussetzungen überschritten werden.

Ist der Umfang der Minderleistung des Arbeitnehmers besonders groß, können die Eingliederungszuschüsse um bis zu 20 Prozentpunkte über den Regelhöchstsätzen liegen. In Fällen besonders schwerer Vermittelbarkeit kann die Förderdauer bis zum doppelten der Regelförderdauer verlängert werden. Der Eingliederungszuschuss für ältere Arbeitnehmer kann unter diesen Voraussetzungen bis zu 5 Jahre gewährt werden.

- **Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose:** ist ein Sonderprogramm der Bundesregierung. Arbeitgeber, die einen Langzeitarbeitslosen unbefristet einstellen, können für eine Dauer bis zu einem Jahr einen Lohnkostenzuschuss erhalten. Der Zuschuß kann in der ersten Jahreshälfte 60% bis 80% des durchschnittlichen Arbeitsentgeltes betragen und wird in der zweiten Jahreshälfte um 20% abgesenkt.
- **Eingliederungsvertrag (§§ 229ff SGB III):** Eingliederungsverträge werden zwischen dem Arbeitgeber und dem geförderten Arbeitnehmer abgeschlossen. Sie bedürfen der Zustimmung des Arbeitsamtes und begründen ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis, ohne zugleich ein Arbeitsverhältnis zu begründen. Voraussetzung ist, daß der Arbeitnehmer mindestens ein Jahr arbeitslos ist. Weist der Arbeitnehmer ein Merkmal schwerer Vermittelbarkeit auf, genügt eine Arbeitslosigkeitsdauer von 6 Monaten. Vertragsdauer ist zwischen 2 Wochen und 6 Monaten. Der Arbeitgeber erhält im Falle der Nichtarbeitsleistung (zum Beispiel bei Krankheit) die vollen Lohnkosten durch das Arbeitsamt erstattet. Zudem sind weitere Eingliederungshilfen nicht ausgeschlossen.

12. Mikroökonomische These

These: Ein Niedriglohnsektor schafft mehr Arbeitsplätze und mehr Armut

Die neoklassische Vorstellungen vom Arbeitsmarkt hat gravierende Auswirkungen auf die personelle Einkommensverteilung und Einkommenshöhe. Soll das Beschäftigungsniveau erhöht werden, muss der Reallohn sinken.

13. Makroökonomische Thesen

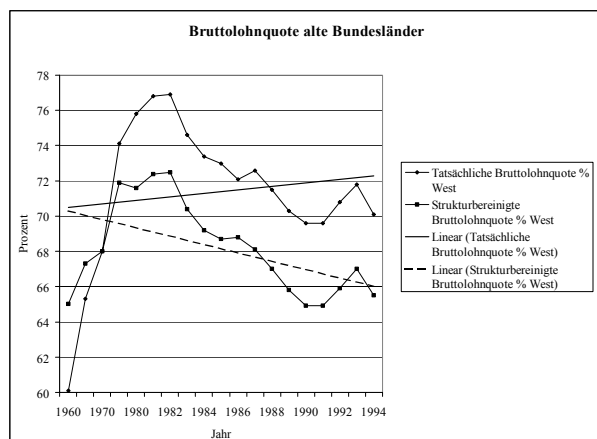
These 1: Niedriglöhne verschieben die Einkommensverteilung zu Gunsten der Gewinn- und Vermögensbezieher

Aufgrund der andauernden hohen Arbeitslosigkeit gelingt es der Unternehmerseite die Lohnforderungen der Gewerkschaften niedrig zu halten oder zu senken; die in den Tarifverhandlungen ausgehandelten Löhne liegen durchweg unter den Produktivitätszuwächsen, die Verteilungsspielräume werden nicht ausgeschöpft. Die Bevölkerungszunahme spielt ebenfalls eine Rolle, von 1960 bis heute leben ca. 5 Millionen mehr Menschen in Deutschland. Dies kann jedoch anhand von strukturbereinigten Lohnquoten ausgeglichen werden.

Kennziffern der Wirtschafts- und Verteilungsentwicklung in Deutschland 1992 - 1999												
Jahr	Brutto-Inlandsprodukt (real) ¹⁾	Lebenshaltungskosten ²⁾	Arbeits-Produktivität je Erwerbstätigen ¹⁾	Neutraler Verteilungsspielraum	Erhöhung der Tarifeinkommen ³⁾			Erhöhung der effektiven Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer ¹⁾	Lohnstückkosten ¹⁾	Bereinigte Bruttolohnquote ⁴⁾	Ausschöpfung des neutralen Verteilungsspielraums	Arbeitsvolumen in Mio. Arbeitsstunden ⁵⁾
	(1) % zum Vorjahr	(2) % zum Vorjahr	(3) % zum Vorjahr	(4) Sp. (2)+(3)	(5) % zum Vorjahr			(6) % zum Vorjahr	(7) % zum Vorjahr	(8) %	(9) Sp. (6)-(4)	(10) % zum Vorjahr
					D	Ost	West					
1992	2,2	5,0	3,9	8,9	11,0	29,1	6,3	10,5	6,4	73,8	1,6	+ 1,3
1993	-1,1	4,5	0,5	5,0	6,5	18,4	3,6	4,6	3,8	75,0	-0,4	- 2,5
1994	2,3	2,7	2,7	5,4	2,9	8,7	1,7	2,2	0,5	74,3	-3,2	- 1,1
1995	1,7	1,7	1,9	3,6	4,6	8,1	4,1	3,5	2,0	73,8	-0,1	- 1,7
1996	0,8	1,4	1,5	2,9	2,4	4,8	2,0	1,8	0,6	73,7	-1,1	- 1,6
1997	1,8	1,9	2,6	4,5	1,5	2,3	1,3	0,8	-1,1	72,7	-3,7	- 1,7
1998	2,3	1,0	1,9	2,9	1,8	2,5	1,7	1,4	-0,5	73,2	-1,5	+ 0,7
1999 ⁶⁾	1,4	0,6	1,1	1,7	3,0	3,0	3,0	2,0	0,8	72,7	0,3	k.A.

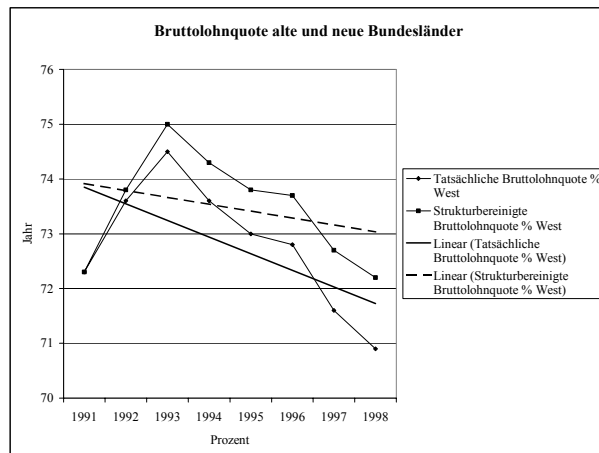
1) Statistisches Bundesamt, VGR, Fachserie 18, Reihe S.20, Wiesbaden 1999. - 2) Statistisches Bundesamt Fachserie 17, Reihe 7, "Preisindizes für die Lebenshaltung". - 3) 1991 - 1997: Deutsche Bundesbank; Tarif- und Effektivverdienste in der Gesamtwirtschaft, ab 1998: WSI-Tarifarchiv. - 4) C. Schäfer, Umverteilung ist die Zukunftsaufgabe, in: WSI-Mitteilungen 11/1999, Tab. 1. Die Lohnquote ist angegeben in Prozent des Volkseinkommens; die Differenz zum gesamten Volkseinkommen ist die sogenannte Gewinnquote. - 5) IAB-Arbeitsvolumensrechnung. - 6) Vorläufig.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank; IAB - Berechnungen des WSI.

Bruttolohnquote % alte Bundesländer¹⁵



¹⁵Vgl.: Schäfer, Claus, "Umverteilung ist die Zukunftsaufgabe", S. 734, WSI - Mitteilungen 11/1999, Bund - Verlag Düsseldorf 1999

Bruttolohnquote % alte und neue Bundesländer¹⁶



Die staatliche Sozial- und Steuerpolitik begünstigt Gewinn- und Vermögenseinkommen. Das heißt das eine Umverteilung nur noch innerhalb der Klassen stattfindet. Die Verteilung verschiedener Revenuequellen stellen die Grundlagen der möglichen Verteilung von Einkommen dar. Anhand der Darstellung der Verteilung des privaten Bruttovermögens 1998 in der BRD wird dies deutlich. An der Verteilung des Geldvermögens von 5.500 Mrd. DM partizipieren 96% im Westen und 97% im Osten der Republik. Damit hat durch die Vermittlung von Um- und Querverteilungseffekten scheinbar eine Angleichung der Vermögen der Haushalte stattgefunden. Dies wird jedoch widerlegt, da ca. 50% des Bruttovermögens im Westen auf ca. 10% der Haushalte verteilt sind.¹⁷ Im Osten der Bundesrepublik sind auffällig höhere Anteile zu verzeichnen, dort besitzen 20% der Haushalte ca. 50% des Bruttovermögens. Das ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß Besitzer extrem hoher Bruttovermögen i.d.R. nicht auf dem Gebiet der neuen Bundesländer wohnen.

Das private Brutto-Vermögen 1) in Deutschland und seine Verteilung 1) 1998¹⁸

Die Vermögensart...	in Höhe von ... Mrd. DM	in Höhe von ... Mrd. DM	in Höhe von ... Mrd. DM	ist im Besitz von ... vH aller Haushalte	ist im Besitz von ... vH aller Haushalte
	In Deutschl.	in Westd.	in Ostl.	in Westd.	in Ostl.
Geldvermögen 2)	5 500	5 100	400	96	97
davon ca. 50 vH	2 750	2 550	200	10	20
Grundvermögen	7 200	6 700	500	48	33
davon ca. 50 vH	3 600	3 350	250	10	7
Produktivvermögen ²⁾	4 400	4 200	200	6	>0
davon ca. 50 vH	2 200	2 100	100	1	0

1) Teilweise hochgerechnet oder geschätzt.

2) Einschließlich Aktienbesitz.

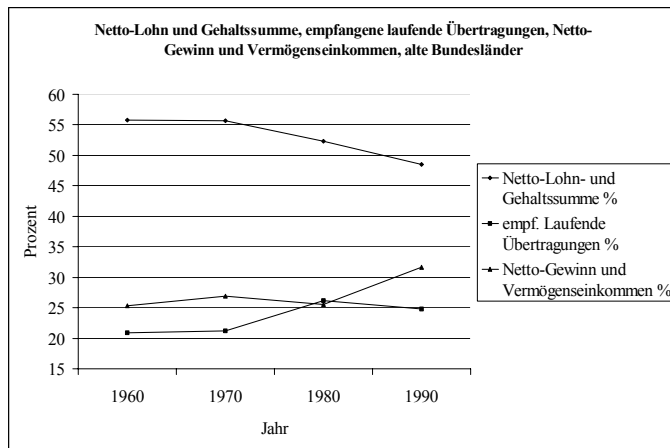
Quellen: Statistisches Bundesamt, EVS. – Hauser u. a. 1997. – Grimm 1998. – Bach/Bartholmai 1998. – Becker 1999. – Deutsche Bundesbank 1999. – Bedau 1999. – Schätzung des WSI.

¹⁶Vgl.: Schäfer, Claus, "Umverteilung ist die Zukunftsaufgabe", S. 734, WSI - Mitteilungen 11/1999, Bund - Verlag Düsseldorf 1999

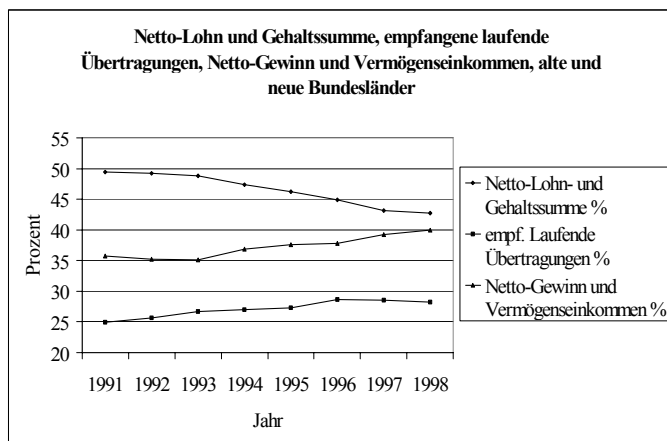
¹⁷Die Brutto- und Nettogeldvermögensverteilung sah 1983 auch nicht anders aus. 10% der Haushalte kontrollierten 50% des Geldvermögens. Vgl.: Schlomann, Heinrich, "Die Entwicklung der Vermögensverteilung in Westdeutschland", S. 62 ff, in Huster, Ernst-Ulrich, "Reichtum in Deutschland", Campus Verlag, Frankfurt 1993.

¹⁸vgl.: Schäfer, Claus, "Umverteilung ist die Zukunftsaufgabe", S. 747, WSI - Mitteilungen 11/1999, Bund - Verlag Düsseldorf 1999

Nettolohnquote und andere Quoten. Das privat verfügbare Volkseinkommen nach der staatlichen Umverteilung (nach dVGR 1) und ESVG 2)), alte Bundesländer¹⁹



Nettolohnquote und andere Quoten. Das privat verfügbare Volkseinkommen nach der staatlichen Umverteilung (nach dVGR 1) und ESVG 2)), alte und neue Bundesländer²⁰



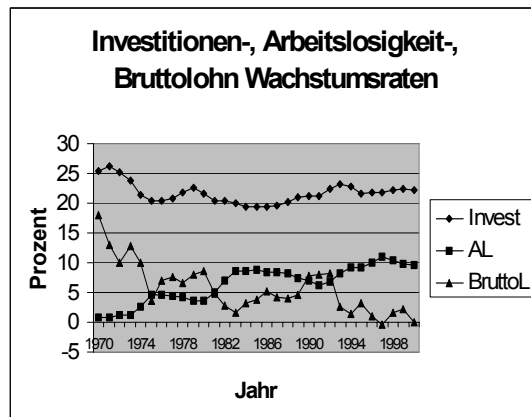
These 2: Niedriglöhne oder ein anhaltender Rückgang der Wachstumsraten von Nominal- und Reallöhnen bewirken trotz gegenteiliger Behauptungen keine Erhöhung der Arbeitsnachfrage.

Dies kann man am Zusammenhang von Löhnen und Investitionen erkenne. Nach den hier beschriebenen Lohnsenkungen müsste die Arbeitsnachfrage gestiegen sein und damit auch die Investitionstätigkeit. Anhaltend niedrige Zinsen aufgrund der hohen Spartätigkeit führen dies ebenfalls nicht zu einer Steigerung der Investitionen. Die hohe Sparneigung der Gewinneinkommensbezieher führt nicht notwendigerweise zu hohen Investitionen – die Vermögen können auch in anderen Teilen der Welt angelegt werden und dort verzinst

¹⁹Vgl.: Schäfer, Claus, "Umverteilung ist die Zukunftsaufgabe", S. 735, WSI - Mitteilungen 11/1999, Bund - Verlag, Düsseldorf 1999

²⁰Vgl.: Schäfer, Claus, "Umverteilung ist die Zukunftsaufgabe", S. 735, WSI - Mitteilungen 11/1999, Bund - Verlag, Düsseldorf 1999

werden. Daher wäre aktuell der Blick auf die Fragen von Überproduktion und Unterkonsumtion zu richten.



14. Theoretische Ansätze zu Verteilungsfragen

Saysches Theorem²¹

Die Zentrale Aussage des Theorems besagt, dass „Jedes Angebot in demselben Umfang kaufkräftige Nachfrage schaffe“. Hier handelt sich um einen klassischen Ökonomen, der jedoch zu den Grundlegenden Annahmen der Neoklassik verwendet wird. Die Neoklassiker gehen davon aus, dass der Marktprozess das Vollbeschäftigungseinkommen von selbst sichere. Dazu stellen wir folgende Überlegungen zur Diskussion.

Hier stellen wir uns jetzt eine Outputsteigerung im Konsumsektor vorstellen. Diese führt sicherlich zu einem zusätzlichen Plus an Konsumgütern. Unter den Bedingungen der Warenproduktion ist es jedoch in keiner Weise sichergestellt, dass die Gewinneinkommensbezieher diesen zusätzlichen Surplus entweder konsumieren oder investieren, d.h. als Lohnsumme auszahlen um im Investitionssektor mehr Beschäftigte einzustellen. Oder anders, falls die autonomen Ausgaben für nicht konsumierbare Güter zu gering ausfallen sollten, wird auch der Surplus an Waren der (Abt. 2) Konsumgüterproduktion nicht unbedingt einen Markt finden, auf dem er sich als Profit realisieren lässt. Ist dies einmal klar lässt sich auch leicht verstehen, was an der üblichen Formulierung des Sayschen Gesetzes grundsätzlich nicht stimmt. Unter den Verhältnissen der Warenproduktion braucht ein zusätzliches Warenangebot oder ein Surplus des Konsumsektors durchaus nicht seine eigene Nachfrage hervorzubringen, weil diese autonomen Investitionen entspringen. So gesehen verkennt das Saysche Gesetz den eigentlichen Charakter der Warenproduktion, in der die Nachfrage aus dem Investitionssektor die die Angebotshöhe des Konsumsektors bestimmt. Daher muss man das Saysche Gesetz auf den Kopf stellen. Die autonome Erhöhung der Konsumgüternachfrage schafft sich ihr eigenes zusätzliches Angebot.

²¹ Vgl.: „Volkswirtschaftslehre 1“, Samuelson, Paul, Bund-Verlag, Köln 1987, S. 697, „Verteilungstheorie“, Kulp, Bernhard, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1974, „Makroökonomie, die Dynamik der Warenproduktion“, Bhaduri, Amit, Metropolis Verlag, Marburg 1988

Zur Einkommensverteilung bei Marx²²/Sweezy und der wirksamen Nachfrage²³

Gesellschaftliche Arbeitsteilung hat einen dreifachen Charakter. „Produktion ist als bestimmt gegliederte, geteilte und angeeignete zugleich Distribution: Verteilung (1) der Produktionsinstrumente, (2) der Gesellschaftsmitglieder ‘unter die verschiedenen Arten der Produktion (Subsumtion der Individuen unter bestimmte Produktionsverhältnisse)’ [Marx], (3) der Produkte.“ Diese Form von Eigentum und Arbeitsteilung gruppiert die gesamte Bevölkerung in Eigentümer und in die Menge der eigentumslosen Produzenten.

Die Eigentümer von Arbeit, Kapital oder Boden treten sich gegenüber als formal freie und gleiche Warenbesitzer. In der Zirkulationssphäre treffen sie als Eigentümer ihrer Waren, unter Verzicht von Gewalt, die Gesetze des allgemeinen Warentauschs respektierend, Arbeit, Kapital und Boden aufeinander. Die Verbindung der drei Produktionsfaktoren ermöglicht erst den Produktionsprozess. So produzieren sie das zu verteilende jährliche Neuprodukt und reproduzieren ihre Stellung in den genannten Gruppen zueinander.

Auf den ersten Blick haben die Quellen des jährlich zu verteilenden Reichtums nichts mehr miteinander zu tun. Die Arbeit die in kapitalistischer Form, als Lohnarbeit Mehrwert produziert, wird durch den Preis, den der Käufer von Arbeitskraft bezahlt, verdeckt. Der Mehrwert in seiner spezifischen Form, Zins und Grundrente, der Profit, wie er in der kapitalistischen Produktionsweise erscheint, ist verschwunden. Alle drei Einkommensarten sind drei Teile dieses Produkts. In Geld oder in Preisen ausgedrückt bleibt jedoch der innere Zusammenhang verborgen.

Der Wert der Waren in seiner Gesamtheit löst sich in drei Teile auf. Kapital und Lohnarbeit eingesetzt bringen dem Kapitaleigner einen Neuwert, er erhält einen Teil des Mehrwerts in Form von Profit, der Grundeigentümer erhält in Form von Rente einen weiteren Teil des Mehrwerts und der verbleibende Teil des Neuwerts wird als Arbeitslohn an die Eigner von Arbeitskraft - die Arbeiter - verteilt. Das sind die drei klassischen Quellen des Einkommens.

Sweezy weist besonders daraufhin das bei Marx die Nachfrage aus bestimmten Gründen vernachlässigt wurde. Die Grundlegende der Frage der Einkommensverteilung ist eine „Spiegelung der Produktionsbedingungen“ und der Klassenstruktur der Gesellschaft. „Marx legte auf diesen Punkt großen Nachdruck: „Es sei hier ganz im vorbeigehen bemerkt, dass das ‘gesellschaftliche Bedürfnis’, das heißt das, was das Prinzip der Nachfrage regelt, wesentlich bedingt ist durch das Verhältnis der verschiedenen Klassen zueinander und durch ihre respektive ökonomische Position, namentlich also erstens durch das Verhältnis des Gesamtmehrwerts zum Arbeitslohn und zweitens durch das Verhältnis der verschiedenen Teile, worin sich der Mehrwert spaltet (Profit, Zins, Grundrente, Steuern usw.); und so zeigt sich auch hier wieder wie absolut nichts aus dem Verhältnis von Nachfrage und Zufuhr erklärt werden kann, bevor die Basis entwickelt ist, worauf dies Verhältnis spielt“(Kapital Bd. 3, S. 207)“.

²² Vgl.: „Die Klassentheorie von Marx und Engels“, Mauke, Michael, S. 27, 68 ff, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a./M. 1970, „Materialien zur Klassenstruktur der BRD“, Projekt Klassenanalyse, Bd. 1, Theoretische Grundlagen und Kritiken, S. 16 ff, VSA-Verlag, Hamburg/West-Berlin 1973, „Das Kapital, Erster Band“, Marx Engels Werke, Bd. 23, S. 591, Dietz Verlag, Berlin 1979, „Das Kapital, Dritter Band“, Marx Engels Werke, Bd. 25, S. 833 ff, 892 + 893, Dietz Verlag, Berlin 1979, „Entdeckung der Klassen“, Herrnstadt, Rudolf, S. 103 ff, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1965

²³ Vgl.: „Theorie der kapitalistischen Entwicklung“, Sweezy, Paul, M., S. 67 - 70, Suhrkamp-Verlag

Grundsätzliches zu Keynes²⁴ und Hicks²⁵

Keynes zeigte auf warum es zu einem Makroökonomischen Gleichgewicht bei Unterauslastung der Produktionsmöglichkeiten und damit Unterbeschäftigten kommen kann. „Entscheidend dafür ist, dass bei Ausschöpfung aller Produktionsmöglichkeiten die effektive Nachfrage nicht ausreicht. Die sogenannte deflatorische Lücke bei der die gesamtwirtschaftliche Nachfrage kleiner als das Produktionsangebot bei Volllauslastung ist, ergibt sich, bei nicht in vollem Ausmaß der Teil des Einkommens der gespart wird, durch die Unternehmen in Investitionsnachfrage umgesetzt wird. (...) Um das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht bei Volllauslastung zu garantieren, müssten im selben Ausmaß die privatwirtschaftlichen Investitionen zunehmen. Da darüber die Renditeerwartungen entscheiden ist ex ante die Übereinstimmung von Sparen und Investieren bei Volllauslastung der Produktionsauslastungskapazitäten nicht zu erwarten. Über steigt das Angebot die Nachfrage, so werden Produktion bzw. Volkseinkommen und damit die Ersparnisse solange zurückgehen, bis schließlich die Angebots- mit den Nachfrageentscheidungen übereinstimmen. Dieses Makroökonomische Gleichgewicht hat den bitteren Makel der Unterbeschäftigung. Keynes weist aus dieser durch Übersparen bewirkten Wohlstandsfalle einen Ausweg: Stärken des privaten Konsums durch eine Umverteilung der unteren Einkommensgruppen, deren Konsumquote hoch ist, sowie finanzpolitisches Nachfragemanagement mit Unterstützung durch die Geldpolitik. Einen radikalen, allerdings nur am Rande angesprochenen Ausweg deutet Keynes am Ende seiner „Allgemeinen Theorie“ an:

„Ich denke mir daher, dass eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investitionen sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird; obschon dies nicht alle Arten von Zwischenlösungen und Verfahren ausschließen muss, durch welche die öffentliche Behörde mit der privaten Initiative zusammenarbeiten wird.“ (Keynes, John Maynard, „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“, Berlin 1955)“

An dieser Stelle der Case Studie ist für uns wichtig das im Gegensatz zur Neoklassischen Angebotsdoktrin Niveau und Struktur der Nachfrage nach Arbeitskräften nicht maßgeblich auf den Arbeitsmärkten ausgemacht werden. „Die Keynesische Makroökonomik bildet dagegen realistischer Weise die folgende Hierarchisierung der Märkte ab: die Absatzchancen auf den Güter und Dienstleistungsmärkten sowie die Renditen auf den Geld und Kapitalmärkten haben dominanten Einfluss auf die Produktion und damit die Nachfrage nach Arbeitskräften.“

Beschäftigungstheorie von Keynes

- Das Arbeitsangebot ist nicht vom Reallohnsatz abhängig, da:
- der Nominallohnsatz von den Tarifparteien autonom fixiert wird
- auch die Effektivlöhne sich nicht nach dem Reallohnsatz, sondern nach dem Nominallohnsatz richten

²⁴ Vgl.: „Angebotsdoktrin in der Krise“, in „Der Wohlstand der Personen“, Helmedag, Fritz, u.a., S. 351 – 356, Metropolis Verlag, Marburg 1999

²⁵ Vgl.: „Verteilung, Theorie und Politik“, Külpe, Bernhard, S. 54 ff., Gustav Fischer Verlag, Stuttgart und Jena 1994

Hicks entwickelt die Lohnfrage weiter unter der Berücksichtigung von Machtfaktoren. Zentrale These seiner Lohnmodells besagt „dass die Arbeitgeber in den Kollektivverhandlungen solange Lohnzugeständnisse machen, als die damit verbundenen Kostensteigerungen geringer sind die Kostenzuwächse, die bei einem Streikausbruch von den Arbeitgebern erwartet werden.

Die Verteilungstheorie von Kaldor

Das Kaldorsche Modell geht davon aus das man/frau mit dem Keynesianische Modell von Volkseinkommen und Beschäftigungsgrad auch die Einkommensverteilung erklären kann. Kaldor versuchte nachzuweisen, dass eine Steigerung der Lohnquote in Zeiten der Vollbeschäftigung allein durch eine Reduktion der Investitionsquote und oder einer Steigerung der partiellen Sparquote der Lohn und Gewinnempfänger erzielt werden könne. Es werden die unterschiedlichen Sparquoten bei der Einkommensverteilung und die Investitionen untersucht. Die Investitionsquote wird konstant gesetzt, die unterschiedlichen Sparquoten sind unabhängig vom Einkommen und ebenfalls konstant. Außenwirtschaftliche Beziehungen des Staates existieren nicht, Vollbeschäftigung wird vorausgesetzt und der Staat greift nicht in das Wirtschaftsgeschehen ein. Die Investitionsquote liegt zwischen der Sparquote der Lohnempfänger und der Sparquote der Gewinnempfänger. Die Investitionen werden ausschließlich über die Zukunftserwartung und den technischen Fortschritt bestimmt.

„Immerhin kann mit dem Modell gezeigt werden, das sich die relative Einkommensposition der Arbeitnehmer verbessert wenn ihre Sparquote positiv ist. Wäre es möglich, durch geeignete Maßnahmen (Lohnerhöhungen, Investivlöhne) die Sparquote der Arbeitnehmer zu erhöhen ließe sich eine „gerechtere“ Einkommensverteilung herstellen. Das Kaldormodell ist, wie andere Keynesianische Ansätze auch, für die Interessen der abhängig Beschäftigten auslegbar.“ („Auf der Suche nach dem Krug der Witwe“ in „Der Wohlstand der Personen“, a.a.O., S. 290)